

Zonen minderer Humanität breiten sich aus

Die faktische Abschaffung des Asylgrundrechts vor 15 Jahren nimmt das Komitee für Grundrechte und Demokratie erneut zum Anlass, an die mörderischen Konsequenzen dieses tiefen Verfassungseinschnitts zu erinnern. Er hat eine gesetzliche, verwaltungstechnische und polizeimilitärische Praxis erzeugt, die tausenden Menschen unbeschreibliches Leid zugefügt hat und noch zufügt. Sie hat tausenden Menschen an Europas Grenzen das Leben gekostet. Sie wird weitere Menschenleben fordern.

Wir rufen deshalb mit zu einer Demonstration am 5. Juli in Berlin auf, um gegen die fortgesetzte „Verrechtlichung von Ungleichheit, sozialer Diskriminierung und Ausgrenzung“ zu protestieren. Wir bitten Sie, den beiliegenden Aufruf zu vervielfältigen und weiterzugeben.



Weitere Exemplare des Aufrufflugblatts können auch im Sekretariat angefordert werden.

Mit der Abschaffung des Asylgrundrechts wurde zugleich ein sozialpolitisches Sondergesetz für Asylsuchende und andere nicht anerkannte Flüchtlinge geschaffen (Asylbewerberleistungsgesetz), das ihre materielle Unterstützung seitens des Staates regelt. Diese liegt jedoch weit unterhalb des üblichen Sozialhilfeniveaus und wird zumeist in Form von „Sachleistungen“ gewährt. Dieses

Gesetz diskriminiert Menschen systematisch, die in Deutschland Schutz und Lebensperspektive suchen, und verletzt ihre Würde. Das Komitee für Grundrechte und Demokratie startet deshalb eine Petitionsinitiative für die Abschaffung des grundrechtswidrigen Asylbewerberleistungsgesetzes, damit die Entrechtung und Entwürdigung im Namen des Rechts endlich beendet wird. Wir bitten Sie, diese Initiative zu unterstützen und die Petition weiterzuverbreiten. Weitere Petitionsflugblätter können im Sekretariat angefordert werden.

In einer kleinen DIN-A6-Informationsschrift für Bürgerinnen und Bürger (15 Jahre ohne Asyl in Deutschland), die sich gut zum Verteilen eignet und im Sekretariat bestellt werden kann, werden die Folgen der Asylrechtsänderung für den Flüchtlingsschutz und für den Umgang mit Flüchtlingen sowie Einwanderinnen und Einwanderern in Europa dargestellt: Die Zonen minderer Humanität breiten sich aus.

Dirk Vogelskamp

Ihre Sommer-Spende für das Komitee!

Erfolgreich konnten wir im ersten Halbjahr 2008 verschiedene Initiativen auf den Weg bringen oder fortführen.

Auch das zweite Halbjahr verspricht, arbeitsam im Hinblick auf unser menschenrechtliches Engagement zu werden.

Die Kontinuität unseres Einsatzes für die Verteidigung der Grundrechte ist auf Ihre Unterstützung angewiesen. Der Jahresabschluss 2007 hat gezeigt, dass wir dank Ihrer Spenden und Beiträge

mit einem relativ geringen Defizit abgeschlossen haben. Für 2008 haben wir das Ziel, wieder einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Helfen Sie uns mit Ihrer Sommerspende, die Komiteearbeit langfristig aufrecht zu erhalten! Werben Sie neue Fördermitglieder!

Ein Überweisungsträger liegt dieser Aussendung bei. Ihre (Sammel-)Spendenquittung erhalten Sie im Januar 2009, auf Wunsch auch umgehend.

Herzlichen Dank für Ihre Solidarität!

Martin Singe

**Spendenkonto
Komitee für
Grundrechte und
Demokratie**

Volksbank Odenwald

Konto 8 024 618

BLZ 508 635 13

Afghanistan: Verweigerungsaufwurf erzeugt Diskussionen

Wir danken allen, die den Komitee-Aufruf an die Soldatinnen und Soldaten der Panzerbrigade 21 in Augustdorf – „Verweigern Sie den Kriegseinsatz in Afghanistan!“ – unterzeichnet und für die Veröffentlichung gespendet haben. Sehr viele Friedensgruppen bis hin zur bundesweiten „Kooperation für den Frieden“ haben mit unterzeichnet.

Wir konnten den Text rechtzeitig am 24. Mai halbseitig im redaktionellen Teil der Lippischen Landeszeitung/Lokalteil Augustdorf platzieren. Im Rahmen einer kleinen Aktion und Mahnwache haben wir den Aufruf als Flugblatt vor der Generalfeldmarschall-Rommel-Kaserne verteilt. Man merkte an den Reaktionen, dass der Aufruf durch das Zeitungs-Inserat bekannt war. Am 3. Juni fand die pompöse Verabschiedung der Panzerbrigade in Lemgo durch Verteidigungsminister Jung statt. 1.200 Soldaten waren auf dem Appellplatz angetreten. Wir unterstützten die 120 Demonstrierenden. Was der Aufruf ganz konkret bewirkt hat oder noch bewirken wird, ist schwer auszumachen. Jedenfalls hat er Nachdenklichkeit und Diskussionen ausgelöst. U.a. hat der verteidigungspolitische Spre-



© Martin Singe

cher der SPD geantwortet. Der Aufruf mit Unterstützerliste ist auf unserer homepage zu finden oder kann angefordert werden; weitere Verbreitung ist erwünscht!

Politisch muss die Arbeit gegen den Afghanistan-Krieg vor allem auf die im Herbst anstehende Verlängerung der Mandate im Bundestag abzielen. Es gilt auch zu verhindern, dass – wie geplant – die Mandate diesmal um 1 ½ Jahre verlängert werden, um die Debatte aus dem Wahlkampf 2009 herauszuhalten. Wir bieten in dieser Frage Engagierten Unterstützung mit Materialien

und Hintergrundinformationen. Wie recht wir mit unserer Analyse der zunehmenden Vermischung des ISAF-Einsatzes mit der Strategie des als Operation Enduring Freedom geführten Krieges haben, zeigt u.a. die auch am 3.6.08 erfolgte Ernennung des US-Generals David McKiernan als neuen Kommandanten für die NATO-geführte ISAF. Presseorgane zitieren den General nach AP wörtlich: „Wir werden uns die Aufständischen, die ausländischen Kämpfer, Kriminelle und andere vorknöpfen, die unserer Mission im Wege stehen.“ Dieser US-General war Kommandeur der US-Invasionstruppen, die 2003 den Irak angriffen. Die nun von der Bundeswehr gestellte Quick Reaction Force wird in den „ersten Bodenkrieg in der Geschichte der NATO“ (US-Verteidigungsminister Gates im Februar auf der Münchener Sicherheitskonferenz) involviert werden. Wenn Jung von einem Einsatzzeitraum von 10-15 Jahren spricht, beweist dies, dass die US-Kriegsführungsstrategie gar nicht auf eine Konfliktbeendigung abzielt, sondern dass sie an der Errichtung einer dauerhaften Militärpräsenz in dieser militär- und wirtschaftsstrategisch zentralen Region interessiert ist.



© Martin Singe

Martin Singe

Mit der elektronischen Gesundheitskarte in den Kontrollstaat?

Die von uns gesammelten Unterschriften gegen die elektronische Gesundheitskarte haben wir am Freitag, 16. Mai 2008, gemeinsam mit der Ärzteorganisation IPPNW dem Bundesgesundheitsministerium übergeben. Da auch IPPNW - Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung - eine Unterschriftenaktion gemacht hatte, konnten wir gemeinsam 8.500 Unterschriften übergeben.

Matthias Jochheim (Vorstandsmitglied der Ärzteorganisation IPPNW), Wolf-Dieter Narr (Komitee für Grundrechte und Demokratie) und Wolfgang Linder (ehemaliger Referent für Gesundheits- und Sozialdatenschutz beim Landesbeauftragten für den Datenschutz, Bremen, und Mitglied in unserer AG Gesundheit) erläuterten zuvor in einer Pressekonferenz, warum der Protest gegen die elektronische Gesundheitskarte (eGK) notwendig ist.

Die Einführung der Chipkarte verletze das Grundrecht auf informa-

tionelle Selbstbestimmung der Patienten und Patientinnen und werde einen weiteren Baustein im Übergang vom Sozialstaat zum Kontrollstaat bilden. Das Arzt-Patienten-Verhältnis werde durch den Aufbau einer zentralen Gesundheitstelematikinfrastruktur schwer beschädigt, denn die ärztliche Schweigepflicht sei in gravierender Weise bedroht. Mit der Ausgabe der neuen eGK würden zunächst die KassenpatientInnen schleichend auf die „schöne neue Welt“ der zentralen Datenspeicherung eingestimmt. Allmählich würde auf diesem Weg die Überwachung sowohl der Behandlungsmethoden der Ärzte als auch der Lebensführung der Patienten ermöglicht. Die Erfahrung zeige, dass Gesetze, die im Einführungsstadium noch die Freiwilligkeit garantieren, veränderbar sind, sobald neue Überwachungsbedürfnisse geweckt sind. Für die Einführung ohne „Sicherheitsarchitektur“ wählte Matthias Jochheim einen bildlichen Vergleich: „Das Flugzeug wird bestellt, Flugtickets verkauft, obwohl die Landebahn noch nicht mal entworfen ist und deren Betriebssicherheit in den Sternen steht.“ Der ehemalige Datenschützer Wolfgang Linder betonte, dass es Alternativen zur zentralistischen Gesundheitstelematikinfrastruktur gebe. Blicke es bei dem jetzt eingeschlagenen Weg, gewöhnten sich Ärzte und Patienten daran, „dass sie für ihr Verhalten, sei es Behandlung oder Lebensführung, gegenüber einer dritten, anonymen Instanz (...) verantwortlich sind“.

Die Vertreter des Komitee für Grundrechte und Demokratie rieten den krankenversicherten Bürgern und Bürgerinnen, am Aufbau dieser Überwachungsmöglichkeiten nicht mitzuarbeiten. Geprüft



© Sven Hessmann

werden solle, ob sie sich weigern könnten, die Passfotos für die neuen Chipkarten abzugeben, die den Zugang zum zentralen Netz erst ermöglichen.

Die Übergabe fand in einigen Medien Resonanz. Sie war ein Baustein in der Organisation des Protests gegen die eGK kurz vor dem 111. Deutschen Ärztetag in Ulm. Dieser hat sich auch dieses Jahr, wie bereits letztes Jahr in Münster, gegen die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte in der geplanten Form ausgesprochen. Diese sei abzulehnen, „weil sie mit dem Grundvertrauen der Patienten in unser ärztliches Berufsethos nicht vereinbar ist und das bewährte Konzept von einer am Individuum und seiner individuellen Lebensgestaltung orientierten Humanmedizin in unserer Gesellschaft zerstört“.

Elke Steven



© Sven Hessmann

Gefangenearbeit des Komitees

Bitte anmelden: Komitee-Jahrestagung zum Strafvollzug
19.-21.9.08

Das Programm unserer Tagung zu den aktuellen Entwicklungen im Strafvollzug - „Haftbedingungen in der Bundesrepublik“ - hatten wir in den letzten INFORMATIONEN veröffentlicht. Gerne senden wir es noch einmal zu. Bitte melden Sie sich bei Interesse möglichst bald zur Tagung an, damit wir die Zimmerbestellung kalkulieren können!

Wechsel in der Gefangenenerbetreuung -

Dank an Sonja Vack

Sonja Vack, die in den letzten 13 Jahren als Beauftragte für die Gefangenenerbetreuung des Komitees sehr engagiert gearbeitet hat, wird auf eigenen Wunsch zur Jahresmitte diese Arbeit beenden. Wir danken Sonja Vack ganz herzlich für ihren unermüdlichen Einsatz, der oft zeit- und nervenaufreibend war. Sie wird sich beruflich nun ganz ihrer Arbeit als Fachanwältin für Sozialrecht in Mannheim widmen. Alle guten Wünsche für die Zukunft!

Die Unterstützung für Gefangene in alltäglichen Vollzugsproblemen verstehen wir als eine Kernaufgabe unseres Komitees. Wir freuen uns deshalb, in Christian Herrgesell eine neue Person mit der Bereitschaft zur Weiterführung der Gefangenenerbetreuung ab Juli 2008 für das Komitee gefunden zu haben. Christian Herrgesell, Jahrgang 1977, ist Diplompolitologe und hat sich seit Mitte der 90er Jahre auf verschiedenen Ebenen kritisch mit dem Thema Strafvollzug befasst. Er lebt, engagiert sich und arbeitet in Berlin-Kreuzberg. Wir wünschen viel Erfolg und Beharrlichkeit im Verfolgen der oft komplizierten Anliegen!

Martin Singe

Ferien vom Krieg 2008 beginnen

Dank der großzügigen Unterstützung vieler Mitglieder des Komitees und weiterer SpenderInnen aus der Friedensbewegung, aus Schulen und Gemeinden, kann die Aktion „Ferien vom Krieg“ auch im fünfzehnten Jahr stattfinden. Dabei wurden immer neue Akzente gesetzt, wie die Broschüren der letzten Jahre dokumentieren.

Am Mittelmeer in Neum (Bosnien) werden sich drei Gruppen mit je ca. 100 Jugendlichen aus Bosnien, Kroatien und Serbien treffen. Weitere 50 besonders aktive TeilnehmerInnen aus den Vorjahren sind zu einem Zeltlager nach Serbien eingeladen, wo gemeinsame Aktivitäten geplant werden sollen. Eine Gruppe mit serbischen, albanischen und Roma-Jugendlichen aus dem Kosovo wird nach Montenegro fahren, was schon in den letzten Jahren außerordentlich schwierig war und durch die neuen Spannungen im „selbstständigen“ Kosovo nicht einfacher geworden ist.

Die jungen Erwachsenen aus Israel und Palästina, die letztes Jahr in Deutschland waren, haben sich seitdem zweimal an Wochenenden in einer Schule (Talitha Kumi), die auf der Grenzlinie liegt und einen Eingang nach Israel und einen nach Palästina hat, getroffen. Dort konnten sich auch erstmals die Teamer für

die Freizeiten in diesem Sommer gemeinsam vorbereiten. Das ist in doppeltem Sinne bemerkenswert: zum einen weil es zur Zeit für Palästinenser wegen der Checkpoints zwar immer noch mühsam ist zu reisen, aber doch immerhin möglich ist. Zum anderen, weil sich unsere Partnerorganisationen im Nahen Osten zum ersten Mal gemeinsam an einen Tisch gesetzt haben. In den Vorjahren haben sich einige Palästinenser voneinander abgeschirmt, aus Angst wegen „Kollaboration mit dem Feind“ verdächtigt zu werden. Diese neue Offenheit ist ein mutiger Erfolg. Hoffentlich erwächst daraus eine langfristige Vernetzung. Zwei gemischte Gruppen mit je 70 TeilnehmerInnen werden im Sommer nach Deutschland kommen sowie eine Gruppe mit ca. 50 Frauen beider Seiten.

Zwar sind die Kosten für diese Begegnungen zu 2/3 gedeckt, doch brauchen wir auch einen hohen Überschuss, um die Aktion „Ferien vom Krieg“ im Sommer 2009 weiterführen zu können, denn die Unterkünfte müssen schon jetzt gebucht werden. Es ist jedes Jahr eine Zitterpartie, ob die Finanzierung im Umfang der Planungen möglich sein wird. Vielen Dank an alle SpenderInnen!

Helga Dieter

Nur Clowns und Chaoten?

Unter diesem Titel haben Dieter Rucht und Simon Teune ein Jahr nach dem G8-Gipfeltreffen in Heiligendamm ein Buch zum Umgang der Medien mit den Ereignissen herausgegeben.

Elke Steven berichtet darin über die Demonstrationsbeobachtungen des Komitees. Die Beobachtungen und die in den Medien veröffentlichten Berichte stimmten oft nicht überein. Nicht zuletzt die offensive PR-Strategie der polizeilichen Sonderbehörde Kavala, die im Widerspruch zu ihrem Auftrag der sachgerechten Information der Öffentlichkeit stand, war Ursache für die falsche Berichterstattung.

Dieter Rucht, Simon Teune (Hg.): Nur Clowns und Chaoten? Die G8-Proteste in Heiligendamm im Spiegel der Massenmedien, Campus Verlag, ISBN 978-3-593-38764-2, Preis: 24,90 Euro

